

Deutschlandfunk - Andruck 20.3.2023

Gertrude Lübbe-Wolff, Demophobie – Muss man die direkte Demokratie fürchten? Verlag Klostermann, Rote Reihe, Frankfurt a.M. 2023, 212 Seiten, 24,80 Euro.

ISBN: 978-3-465-04613-4

Rezensentin: Annette Wilmes

Redakteurin: Catrin Stövesand

Für die Moderation

Gertrude Lübbe-Wolff war von 2002 bis 2014 Richterin des Bundesverfassungsgerichts, davor und danach war sie Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld, inzwischen seit 2018 emeritiert. Die Liste ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist lang, zum Beispiel hat sie über „Recht und Moral im Umweltschutz“ geschrieben oder über „Das Dilemma des Rechts. Über Härte, Milde und Fortschritt im Recht“. 2022 erschien der 870 Seiten starke Band „Beratungskulturen. Wie Verfassungsgerichte arbeiten, und wovon es abhängt, ob sie integrieren oder polarisieren“, eine international vergleichende Studie, an der sie jahrelang gearbeitet hat. Jetzt hat sie ein Buch über Direkte Demokratie vorgelegt: „Demophobie – Muss man die direkte Demokratie fürchten?“ Anlass für sie war der Befund, dass sich die Demokratie in einer kritischen und gefährdeten Phase befindet. Das Vertrauen in demokratische Institutionen nimmt ab. In dieser Situation könnten direktdemokratische Instrumente vielleicht helfen. Die haben aber zurzeit keine Konjunktur.

Autorin:

Der Aufstieg populistischer Parteien und der Schock des Brexit-Votums hätten mit dafür gesorgt, dass sich immer mehr Skepsis gegenüber Volksabstimmungen breit macht, meint Gertrude Lübbe-Wolff. Aber eine Art Angst vor dem Volk habe die Demokratie immer schon begleitet:

Take 1 (Lübbe-Wolff)

„Die kommt ja sogar in Äußerungen ausgesprochener Demokraten zum Ausdruck, wie zum Beispiel in Willy Brandts Aufruf, ‚mehr Demokratie zu wagen‘, ‚wagen‘, als wenn das jetzt etwas besonders Gefährliches wäre.“

Autorin

Die Vorbehalte gegen direktdemokratische Entscheidungen sind groß. In zehn Abschnitten handelt Gertrude Lübke-Wolff die Einwände ab, um sie gleichzeitig zu analysieren und zu widerlegen. „Für Sachentscheidungen ist das Volk zu dumm“ – „vor allem in Finanzfragen ist dem Volk nichts zuzutrauen“ heißen zum Beispiel die Überschriften oder, besonders brisant und geradezu geschichtsträchtig: „Direkte Demokratie begünstigt Demagogen“. Hier schreibt sie:

Zitatorin

„Dieses Argument war auch in den Diskussionen des Parlamentarischen Rats über die – letztlich abgelehnte – Aufnahme von Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen in das Grundgesetz zu hören. Der spätere Bundespräsident Heuss, der sich nicht scheute, das Volk in diesem Zusammenhang einem bissigen Hund gleichzusetzen, bezeichnete dort die Volksgesetzgebung als ‚eine Prämie für jeden Demagogen‘ – ein Klassiker unter den Argumenten gegen die direkte Demokratie, auf den immer wieder gern zurückgegriffen wird.“

Autorin

Diese Argumentation diene, so Gertrude Lübke-Wolff, dem „Selbstentlastungsinteresse“ der Eliten. Nicht sie sollten versagt haben, sondern das gemeine Volk. In diesen Zusammenhang gehörte auch die Erzählung, direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten seien mitverantwortlich dafür, dass die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Tatsächlich aber ist Hitler im Modus der repräsentativen Demokratie Reichskanzler geworden, nachdem die NSDAP zur stärksten Partei aufgestiegen war. Das Ermächtigungsgesetz wurde nicht vom Volk, sondern von seinen Repräsentanten beschlossen, darunter Theodor Heuss.

Punkt für Punkt räumt Gertrude Lübbe-Wolff die Einwände gegen die direkte Demokratie ab. So hält sie es für falsch, das Brexit-Votum als Warnung vor der direkten Demokratie insgesamt zu gebrauchen. Die Kritik an der speziellen Ausgestaltung des britischen Abstimmungsverfahrens hält sie jedoch für angebracht. Es habe zum Beispiel keine Kontrolle über den Inhalt der Politiker-Aussagen vor der Befragung gegeben:

Take 2 (Lübbe-Wolff)

„Das berühmteste Beispiel – diese Kampagne von Boris Johnson, der auf seinem Kampagnen-Bus stehen hatte, 350 Millionen Pfund jede Woche überweist man an die EU, die sollte man besser in den nationalen Gesundheitsdienst stecken. Das war schlicht eine Falschinformation, und davon gab es noch etliche andere. Also In der Schweiz würde so etwas dazu geführt haben, dass die ganze Abstimmung für ungültig erklärt wird. Aber solche Rahmenbedingungen gibt es eben im Vereinigten Königreich nicht. Da muss man sich dann nicht wundern, wenn bedauerliche Entscheidungen dabei herauskommen.“

Autorin

Im Vereinigten Königreich gibt es keine Volksinitiative, lediglich das Parlament kann eine Volksbefragung beschließen. Gerade von den Verfahren, die „von unten“ ausgelöst werden, lebe aber die direkte Demokratie.

Take 3 (Lübbe-Wolff)

„Das ist im Grunde auch das, was ich in dem Buch hauptsächlich versuche, darzustellen, an welchen Rahmenbedingungen das hängt, ob die Wirkungen direktdemokratischen Entscheidens, sowohl die direkten als auch die indirekten, ob also diese Wirkungen wirklich wohltätig sind und gut für die Demokratie oder eben nicht.“

Autorin

Wie die direkte Demokratie innovative Politik unterstützen kann und wie direktdemokratische und repräsentative Entscheidungsverfahren sich gegenseitig im positiven Sinne beeinflussen, beschreibt Gertrude Lübbe-Wolff detailliert an

zahlreichen Beispielen. Sie nennt unter anderem den erfolgreichen Widerstand gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen und bei der Trinkwasserversorgung mithilfe von Volksabstimmungen.

Nähere Erläuterungen und vertiefende inhaltliche Auseinandersetzung hat sie neben den fälligen Literatur- und Rechtsprechungsnachweisen in die umfangreichen Fußnoten verbannt, damit das Buch auch für Interessenten ohne juristische oder politikwissenschaftliche Fachkenntnisse lesbar bleibt.

Im Anhang bringt sie Klarheit in den begrifflichen Wirrwarr: Volksbegehren, Volksentscheid, Referendum, Plebiszit und einige andere Begriffe, die oftmals falsch gebraucht werden. Das Buch kann als ein Plädoyer für die direkte Demokratie begriffen werden, aber nur, wenn sie vernünftig ausgestaltet ist. Es ist ein fundierter Beitrag zur Diskussion über Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken direkter Demokratie.
